

CHRISTINA MORINA, Tausend Aufbrüche. Die Deutschen und ihre Demokratie seit den 1980er Jahren

Siedler | München 2023 | 399 Seiten, gebunden | 28,00 € | ISBN 978-3-8275-0132-5

In den letzten Jahren – schon vor dem neuen Buch von Christina Morina – war verschiedentlich die Auffassung zu lesen, dass es in der DDR „dialog- und partizipationsorientiertes Handeln“ gegeben hätte, das von den Vorstellungen der Diktatur abwich. Ebenso sollten Teile der DDR-Geschichte als relativ normale Entwicklungen in die deutsche Geschichte eingeordnet werden. Es seien, so die These, in der SED-Diktatur „gesellschaftliche Sphären“ entstanden, in denen sich „zivilgesellschaftliche Diskurse und Partizipationsformen“ entwickelten. Als Beispiele wurden in aller Regel verschiedene Initiativen angeführt, die sich in der DDR vor allem für den Erhalt von Altbausubstanz und ganzer abrisssbedrohter Wohnquartiere einsetzten.¹ Dabei spielten gerade diese Gruppen im gesamten oppositionellen Spektrum in der DDR nur eine untergeordnete Rolle, während Friedens-, Umwelt-, Dritte-Welt-, und Menschenrechtsgruppen sowie Wehrdienstverweigerer das Bild dominierten.²

Eine solche konzentrierte Sicht auf vermeintliche zivilgesellschaftliche Ansätze in der SED-Diktatur führt zwar, wie ich meine, in die Irre. Doch zumindest auf den ersten Blick scheint auch die Bielefelder Historikerin Christina Morina in ihrem neuen Buche „Tausend Aufbrüche“ diese Sichtweise zu stützen, ist es doch das explizite Ziel der Autorin, eine Demokratiegeschichte beider deutsche Teilstaaten zu schreiben. Dass dies angesichts des Gegensatzes von freiheitlicher Demokratie in der Bundesrepublik einerseits und Diktatur der SED in der DDR andererseits problematisch ist, ist Morina dabei durchaus bewusst. Dennoch versucht sie ihren Ansatz durchzuziehen, indem sie für die DDR von einer „Demokratieanspruchsgeschichte“ (S. 291) spricht. Letztlich vermag das nicht zu überzeugen. Grundsätzlich ist Morina aber natürlich als Verdienst anzurechnen, dass sie erstmalig in vergleichender Perspektive und in großer Breite Bürgerbriefe an führende Politiker in der Bundesrepublik sowie Eingaben an staatliche Stellen und SED-Einrichtungen in der DDR auswertet. Das führt bei einer genaueren Analyse ihres Buches zu zahlreichen neuen Einsichten. Dazu kommen Texte, Erklärungen und Flugblätter aus dem Vorfeld der Friedlichen Revolution und solche, die während der Zeit dieses demokratischen Aufstandes – und der darauffolgenden Verfassungsdebatte - mit seinen „Tausend Aufbrüchen“ entstanden.

Bei den ausgewerteten Briefen aus der Bundesrepublik und für die Zeit bis 1989 aus der DDR wird allerdings auch schnell deutlich, dass es sich hier um zwei sehr unterschiedliche Quellengattungen handelt. Das zeigt ein Vergleich der von Morina herangezogenen Briefe westdeutscher Bürger an die Bundespräsidenten Karl Carstens und Richard von Weizsäcker mit den Eingaben von Ostdeutschen an staatliche und gesellschaftliche Stellen in der DDR. Die Bundesbürger schrieben in der Regel als souveräne Staatsbürger, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung verbessern wollten, während die unmündig gehaltenen Ostdeutschen persönliche Anliegen und für sie existenzielle Fragen mit einem formalen Bekenntnis zur DDR und ihrem Realsozialismus verbanden. Ein weiterer gravierender Unterschied ist, dass in der Bundesrepublik die Briefe vom

¹ Solche Gruppen gab es in verschiedenen ostdeutschen Städten, so auch in Potsdam. Vgl.: *Rainer Eckert*, *Revolution in Potsdam. Eine Stadt zwischen Lethargie, Revolte und Freiheit* (1989/1990), Leipzig 2017, S. 149-171.

² Zu deren Rolle im Vorfeld der Friedlichen Revolution vgl. *Ehrhart Neubert*, *Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989*, Berlin 1997, S. 539-770; *Hans-Joachim Veen* (Hrsg.), *Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur*, Berlin 2000; *Ilko-Sascha Kowalczyk*, *Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR*, München 2009, S. 232-291. Als Überblick bis 2019 vgl. *Rainer Eckert*, *SED-Diktatur und Erinnerungsarbeit im vereinten Deutschland. Eine Auswahlbibliographie*, Halle/Saale 2019, S. 312-469.

Bundespräsidialamt bearbeitet und beantwortet wurden, während sie in Ostdeutschland von den angeschriebenen Stellen an die Geheimpolizei Staatssicherheit zur „Bearbeitung“ weitergegeben wurden. Außerdem gab es im SED-Staat keine Möglichkeit, individuelle Rechte auf dem Rechtsweg – etwa vor Verwaltungsgerichten – einzuklagen. Der prinzipielle Unterschied bestand also darin, dass im Osten Demokratie als staatliches Postulat und alltägliche Utopie und im Westen als staatliche Ordnung und alltägliche Praxis verhandelt wurde. Deshalb kann ich Morina grundsätzlich nicht zustimmen, wenn sie meint, dass beide deutsche Staaten auf je eigene Weise eine streitbare Demokratiegeschichte besessen hätten.

Und so ist es dann doch die Frage, ob Morinas Buch über den erwähnten neuartigen Zugriff auf Bürgerbriefe und Eingaben hinaus wirklich neue Erklärungen hervorbringt, oder ob die Autorin nur wie andere darauf kommt, dass wir nicht genau wissen, warum der Osten so unzufrieden und rechtsradikal ist, wie es scheint. Vielleicht hat sich hier ja auch nicht wirklich viel geändert, sondern der Blick ist nur schärfer geworden und die Möglichkeit bzw. die Notwendigkeit darüber öffentlich zu sprechen. Im Hinblick auf rechtsextreme bzw. rechtspopulistische Parteien und Bewegungen wie die AfD und PEGIDA stellt Morina das auch überzeugend dar.

So richtig trägt Morinas Ansatz jedoch erst für die Zeit der Friedlichen Revolution und besonders für das Jahr 1989. Hier ist der eigentliche Ansatzpunkt, den Morina beschreibt, der Protest gegen die von der SED-Diktatur gefälschte Kommunalwahl vom 7. Mai 1989. Einen Höhepunkt mit „tausend Aufbrüchen“ brachte dann der Herbst dieses Jahres. Dabei fragt die Autorin zu Recht, welche demokratischen Vorstellungen die damals handelnden Menschen eigentlich hatten. Allerdings artikulierte nur eine geringe Minderheit der Ostdeutschen ihre demokratischen Hoffnungen und Gestaltungsvorstellungen – Morina sieht das offenbar anders. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Frage, ob die damaligen demokratiepolitischen Erwartungen heute Anknüpfungspunkte für links- und rechtsradikale Demagogen und Verführer bieten können. Das beginnt damit, dass 1989/90 der Gegenbegriff zur Diktatur nicht Demokratie, sondern Freiheit war. Von zentraler Bedeutung ist auch, dass trotzdem immer wieder „direkte Demokratie“ und Volksentscheide im Mittelpunkt politischer Forderungen standen. Dazu kamen als Forderungen weitreichende Rechtsansprüche auf Sozialleistungen und die Souveränität einer reformierten DDR. Es gab ein widersprüchliches Bedürfnis nach Autonomie und Harmonie, nach Eigen- und Gemeinsinn, nach individueller Wirkmacht und kollektiver Kontrolle. Das ist aus der Situation einer Diktatur heraus mehr als verständlich, doch ist zu prüfen, ob das auch für die Demokratie der heutigen Bundesrepublik gilt. Offensichtlich ist ja, dass heute bei Rechtsradikalen die Vorstellung von direkten Volksentscheidungen statt parlamentarischer Demokratie eine erhebliche politische Rolle spielt.

Im Anschluss an die Schilderung von Friedlicher Revolution und Wiedervereinigung geht die Autorin der Frage nach, wie auch im vereinigten Deutschland in Briefen an staatliche Instanzen Demokratie als politische Ordnung und alltägliche Praxis verhandelt wird. Dabei geht es zuerst um Forderungen in den 1990er Jahren, anstelle des Grundgesetzes eine neue gesamtdeutsche Verfassung zu erarbeiten. Der Verfassungsentwurf des revolutionären Zentralen Runden Tisches war bekanntlich nicht realisiert worden, aber auch das „Kuratorium für einen demokratisch verfassten Bund deutscher Staaten“ und die Versuche der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundesrat und Bundestag, „Impulse aus der Deutschen Einheit“ in das Grundgesetz aufzunehmen, scheiterten weitgehend (S. 229). Zwar konnten erweiterte soziale Grundrechte und plebiszitäre Verfahrenswege in den ostdeutschen Landesverfassungen verankern werden, doch spielen diese heute politisch kaum eine Rolle.

Im letzten Kapitel ihres Buches wendet sich Morina der Bundeskanzlerin Angela Merkel, also einer der bedeutendsten Persönlichkeiten der deutschen Zeitgeschichte, zu. Das ist als biographischer Ansatz interessant, kreist bei ihr aber leider immer wieder um Merkels Rolle als Ostdeutsche. Nun ist diese fraglos ein wichtiger Punkt in der Selbst- und Außendarstellung der Kanzlerin, aber doch eben nur eine Seite ihrer Persönlichkeit. Im Zusammenhang mit Merkel und Bundespräsident Joachim Gauck vertritt die Autorin die Auffassung, dass Ostdeutsche im politischen System der Bundesrepublik sogar überproportional vertreten seien. Dem kann ich wiederum nicht folgen, beschränkt das den Blick doch auf wenige Führungspersönlichkeiten, die heute ihre Positionen auch schon nicht mehr ausüben. Entscheidend sind jedoch die Ebenen darunter, wie

Staatssekretäre und leitende Beamte. Hier gibt es weiterhin kaum Ostdeutsche und so wird auch das von Morina ausgemachte „Repräsentationsparadox“ vom angeblichen politischen Einfluss der Ostdeutschen und ihrem entgegengesetzten Eindruck der Einflusslosigkeit mit einem einfachen „weiter so“ nicht zu lösen sein.

Dass die demokratischen Ansätze der Friedlichen Revolution in der heutigen Bundesrepublik keine oder nur eine äußerst marginale Rolle spielen, ist grundsätzlich zu bedauern und ein zentraler Grund für die heutige Kluft zwischen Ost und West. Morina kommt in ihrem Fazit zu dem Schluss, dass die bundesrepublikanische Demokratiegeschichte bis heute eine „Demokratieanspruchsgeschichte mit offenem Ausgang“ (S. 310) sei. Auch hier ist Widerspruch anzumelden, doch ist diese Meinung zumindest ein Ansatzpunkt für weitere Diskussionen.

RAINER ECKERT, Berlin

Zitierempfehlung

Rainer Eckert: Rezension von: Christina Morina, Tausend Aufbrüche. Die Deutschen und ihre Demokratie seit den 1980er Jahren, Siedler, München 2023, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) Band 64, 2024, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/81966.pdf>> [28.11.2023].